

## **Frank Deppe: Zeitenwenden? Der »neue« und der »alte« Kalte Krieg**

VSA:Verlag 2023, S. 106 - 121

### **Kapitel 3, Der neue Kalte Krieg**

#### **4. Differenzen zwischen dem alten und dem neuen Kalten Krieg**

An dieser Stelle gelangt die vergleichende Analyse des alten mit dem neuen Kalten Krieg zu einer ersten Schlussfolgerung. Die Sowjetunion hatte sich nach 1945 vor allem aufgrund der Bedeutung der Roten Armee für den Sieg der Anti-Hitler-Koalition als Führungsmacht des »Ostblocks« qualifiziert.

Sie war - das wurde im zweiten Kapitel dargelegt - den USA (und dem Westen) vor allem ökonomisch unterlegen: Die USA hatten den Gipfel ihrer ökonomischen und militärischen Macht erreicht, die Sowjetunion war durch die Folgen des Krieges - die Kriegszerstörungen und die Menschenverluste - um Jahrzehnte zurückgeworfen. Die Politik der Industrialisierung, die in den 1930er-Jahren große Erfolge erzielt hatte, musste von einem extrem niedrigen Niveau neu starten. Die Landwirtschaft befand sich in einer schweren Krise - nicht nur aufgrund der Kriegsfolgen, sondern auch aufgrund der Fehler bei der Sozialisierung der Landwirtschaft seit den späten 1920er-Jahren.

Der neue Kalte Krieg, in dem die USA und der Westen China zum Haupttrivalen und Gegner erklärt haben, muss aber als Reaktion auf den spektakulären wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik China (und von Ostasien) seit dem Ende des 20. Jahrhunderts verstanden werden. Sollte er sich fortsetzen, wäre für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts eine gewaltige ökonomische Übermacht von China und Indien sowie ihrer Verbündeten zu erwarten. China ist militärisch kein ebenbürtiger Gegner der USA, obwohl das Land in den letzten Jahren die Militärausgaben deutlich gesteigert und Anstrengungen zur Modernisierung der Streitkräfte unternommen hat. Die Militärausgaben Chinas stiegen von 52,14 Mrd. US-\$ im Jahr 2007 auf 291,96 Mrd. US-\$ im Jahr 2022 - die Vergleichswerte für die USA lauten: 589,59 Mrd. US-\$ (2007) und 876,94 US-\$ (2022).

Während also der alte Kalte Krieg in letzter Instanz durch die ökonomische Übermacht des Westens entschieden wurde, könnte der neue Kalte Krieg durch die strategischen Überlegungen bestimmt werden, die die herrschenden Gruppe des jeweiligen »Blocks« mit dieser langfristigen Tendenz des ökonomischen Niedergangs der westlichen Vorherrschaft, aber auch aus der Verflechtung des westlichen Kapitals mit der chinesischen Ökonomie und dem Aufstieg Ostasiens verbinden. Sollen sie mit Gewalt korrigiert werden? Oder werden sie eher einer Logik der ökonomischen und politischen Kooperation folgen? Auf jeden Fall versprechen sich die BRICS-Staaten durch ihre ökonomische Zusammenarbeit »Win-win-Ergebnisse« - die Sowjetunion musste ihre ökonomischen Defizite durch militärische Gewalt und ideologische Führungsversuche (Marxismus-Leninismus) kompensieren.

Es wäre allerdings naiv, für die weitere Entwicklung der globalen Kräfteverhältnisse zwischen den Großmächten eine lineare Fortsetzung der bisherigen Wachstumstrends der chinesischen Wirtschaft zu prognostizieren.

Auf der einen Seite ist diese über den Weltmarkt mit den Krisenprozessen der kapitalistischen Weltwirtschaft (und ihrer führenden Staaten, vor allem aber mit den globalen Finanzmärkten verflochten. Nach der Finanzkrise 2008/09 gelang es, die Binnenwirtschaft anzukurbeln und nach außen das Projekt der »Neuen Seidenstraße« auf den Weg zu bringen. Die Entfesselung von Markt und Privateigentum hat allerdings auch zur Verschärfung der Ungleichheit geführt: »China hat

heute mehr Milliardäre als die USA. Der Trend zur Anhäufung immer neuer Vermögen ist bislang ungebrochen.

Allein in 2020 sollen bis zum Herbst 275 neue Milliardäre dazu gekommen sein. Eine beunruhigende Entwicklung, weil im gleichen Zeitraum viele Millionen Chinesen durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie ärmer geworden sind [...] Wird China ebenso eine Plutokratie wie die USA mit der Folge einer tief gespaltenen Gesellschaft und einer Wirtschaft, die ihre Potenziale nicht weiter entfalten kann, weil ein großer Teil der Bevölkerung wirtschaftlich, sozial und kulturell abgehängt ist? Oder wird die KP die Macht der etablierten mächtigen Interessengruppen und Kapitale beschränken können?« (Müller 2021: 151) Neue Krisen in der Weltwirtschaft und im Weltfinanzsystem können die chinesische Politik vor unlösbare Aufgaben stellen, wenn sie keine neuen Investitionsfelder erschließen kann und die Vermögenswerte - zum Beispiel über den Absturz der Börsenkurse und Immobilienpreise - stark abgewertet werden. Solche Gefahren werden auf der anderen Seite durch die inneren Widersprüche und Risikopotenziale des chinesischen Entwicklungspfades verstärkt. Die Tendenzen zur Überakkumulation und zu Überkapazitäten in Sektoren, die durch den bisherigen Aufschwung besonders gefördert wurden (z.B. in der Stahlindustrie und im Maschinenbau; vgl. Ho-fung Hung 2022: 49), haben natürlich in dem Maße zugenommen, wie der Anteil des privaten Kapitals in der Wirtschaft, das auf die Erzielung von Profit ausgerichtet ist (vgl. Wemheuer 2022: 208ff.), zyklische Krisentendenzen (»Überakkumulation«) reproduziert, die massive Interventionen des Staates erfordern. Dazu steigt das Risiko spekulativer Blasen im Finanzsektor wie z.B. im Bereich des Wohnungsbaus. Schließlich kann die ausgeprägte soziale Ungleichheit im Land bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit vor allem bei Jugendlichen auch zur Artikulation von Unzufriedenheit führen, die sich nicht nur zur Kritik an der Regierung, sondern auch am politischen System insgesamt steigern könnte. Die Massenproteste vom Frühjahr 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens und deren militärische Niederschlagung waren eine frühe Warnung.

Die Zukunftsperspektiven werden auch von den Modernisierungsprozessen der chinesischen Gesellschaft in der Folge von Industrialisierung, Wachstum des Dienstleistungs- und des Hochtechnologiesektors bestimmt.

Die Überwindung der Armut und die Steigerung des Lebensstandards erzeugt nicht nur über den Arbeitsprozess, sondern auch über die Konsumorientierung der Menschen neue Kulturen und Lebensweisen, die in Widerspruch zur Ideologie und Selbstbeschreibung der herrschenden Kommunistischen Partei führen können. Schon die demografische Entwicklung (in der Folge der »Ein-Kind-Politik« der KPCh in den vergangenen Jahrzehnten) wird mit Problemen einer überalterten Gesellschaft nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch im Bereich der Sozialpolitik mit neuen Aufgaben konfrontiert. Die herrschende KP - als Staatspartei - will bis 2050 erreichen, dass China zu den reichen Ländern in der Welt gehört; dann würde sich das Pro-Kopf-Einkommen dem der entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens annähern.

Die Partei setzt dabei auf das Wachstum einer Mittelklasse, die Träger der »harmonischen Gesellschaft« sein soll. Diese Vision erinnert an die Thesen von einflussreichen Soziologen aus den USA (W. W. Rostow), die im Kalten Krieg den Ländern der »Dritten Welt« ein Wachstumsmodell (nach dem Vorbild der USA) empfahlen, das seine politische Stabilität durch eine möglichst zahlreiche Mittelklasse sichern könnte. In Afrika und Lateinamerika ist diese Politik gescheitert. In China wächst nicht nur die Zahl der Milliardäre, sondern auch die Mittelklasse. Aktuell zählen 109 Millionen Menschen zur Mittelschicht, das entspricht 10,7% der Gesamtbevölkerung.

Wer über mehr Einkommen verfügt, hat gleichzeitig mehr Möglichkeiten und vor allem einen besseren Zugang zur Bildung. Der Lebensstandard der Angehörigen dieser Mittelklasse schließt Eigentumswohnungen, Automobile höherer Klassen, Auslandsreisen, Zugang der Kinder zu Privatschulen und privaten Universitäten (im Ausland), auch eine bessere medizinische Versorgung ein. Viele dieser Angehörigen der Mittelklasse sind Mitglieder der KP. In der Partei ist der Anteil der Arbeiter und Bauern als Folge der Modernisierungen beständig zurückgegangen.

Inzwischen bilden die jüngeren Akademiker, die im Staatsdienst, in Forschungseinrichtungen, aber auch in den Führungsstäben der Wirtschaftsunternehmen und der Banken tätig sind, die am stärksten wachsende Gruppe der Parteimitglieder. Diese werden sich kaum für die kommunistischen Gleichheitsideale, wie sie Mao Tse-tung (für eine arme Agrargesellschaft) vertreten hatte, begeistern können. Sie werden eher von nationalistischen Ideologien, aber auch von technokratischen Visionen der sozialistischen Modernisierung (die auch den individuellen materiellen Erfolg einschließt) angesprochen. Auf jeden Fall birgt die Ausweitung dieser Mittelklasse auch Risiken für die herrschende KP. Die Milliardäre werden einen Großteil ihres Vermögens im Ausland deponieren, um sich gegen ökonomische Risiken, aber auch gegen Eingriffe durch die Partei zu schützen. Sollten die Arbeits- und Lebensperspektiven der neuen Mittelklasse durch ökonomische und soziale Krisen bedroht werden, könnte deren Loyalität gegenüber der KP schnell ins Wanken geraten.

Eine zweite Differenz erschließt sich über eine vergleichende Betrachtung der Prozesse der Blockbildung. Zwischen 1948 und den frühen 1950er-Jahren entstanden zwei Blöcke von Staaten, die im Westen von den USA, im Osten von der UdSSR geführt wurden («bipolare Ordnung»). Die Blockbildung vollzog sich über transnationale Organisationen - im Westen: OEEC, NATO, IWF sowie die westeuropäischen Bündnisse: EGKS, EWG, Euratom), im Osten mit einer geringen Zeitverzögerung über die Militärorganisation des Warschauer Paktes sowie des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die beiden Blöcke waren durch einen »Eisernen Vorhang« (so hatte es der britische Kriegspremier Winston Churchill schon 1946 formuliert) - vor allem auf europäischem Boden - getrennt. Dort standen sich die atomaren Waffensysteme gegenüber. Das Wettrüsten war darauf angelegt, den jeweils gegnerischen Block von einem militärischen und atomaren Erstschlag abzuschrecken.

Der systemische Antagonismus zwischen den Blöcken und der Primat der militärischen Sicherheit, der durch die atomare Abschreckung gesichert sein sollte, war durch den Antagonismus zwischen den Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen sowie der politischen Systeme grundiert: Privateigentum gegen Staats- und Genossenschaftseigentum, Markt gegen zentralstaatliche Planung; repräsentative Demokratie (auf der Basis der Erklärungen der Menschenrechte) gegen sozialistische Demokratie in der Form der Diktatur des Proletariats, die nicht nur die revolutionäre Umwälzung der Eigentumsverhältnisse absichern soll, sondern auch die Bedrohung durch den Imperialismus von außen abwehren muss. Sie wurde auch - unter Berufung auf die Schriften von Marx, Engels und Lenin - als die höhere Stufe einer von der Arbeiterklasse beherrschten »Volksdemokratie« bezeichnet.

Dabei wurden die »ideologischen Staatsapparate« (zusammen mit den jeweiligen Sicherheitsorganen des Staates) aufgewertet: in den Medien, im Bildungs- und Wissenschaftssystem sowie in der öffentlichen Selbstdarstellung des Staates tobte ein heißer und kalter ideologischer Krieg. Die propagandistische Mobilisierung bewegte sich in Polarisierungsprofilen: Sieg oder Niederlage; Krieg oder Frieden; Freiheit oder Gulag; Wohlstand oder Versorgungsmängel, VW oder Trabi, gut oder böse; tot oder lebendig! Erst in den 1960er-Jahren entwickelte sich in beiden Systemen eine differenzierte Betrachtung der Gegner. Diese stand auch im Zusammenhang von politischen Überlegungen, den gefährlichen Zustand der wechselsei-

tigen atomaren Bedrohung und damit der Gefahr eines atomaren Weltkrieges zu reduzieren. Zweck dieser ideologischen Kriegsführung im eigenen Block war es im Westen, ein klassenübergreifendes Bündnis des Antikommunismus zu festigen, in das auch die Sozialdemokratie sowie die ihr verbundenen Gewerkschaften einbezogen sein sollten. In Ländern mit starken kommunistischen Parteien (wie in Frankreich und Italien), am linken Rand der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften - z.B. in Großbritannien - sowie unter den Intellektuellen gab es allerdings kritische Stimmen und Aktionen des Widerstandes gegen die Übermacht der Politik und Ideologie des Kalten Krieges. Die Friedensbewegungen dieser Zeit (Campaign for Nuclear Disarmament in GB seit 1957, »Kampf dem Atomtod« in der BRD 1958, Ostermärsche ab 1960) brachten ihre Kritik in Massendemonstrationen zum Ausdruck. Sie wurden meist als »nützliche Idioten« des Sowjetkommunismus diffamiert.

Wie stellen sich im Vergleich dazu die Prozesse der Blockbildung dar, die sich heute mit der Herausbildung des neuen Kalten Krieges vollziehen? Die Einteilung der Welt in »Demokratien« und »Autokratien«, der Anspruch des Westens und der USA auf »World Leadership«, die Reaktionen auf den 4. Differenzen zwischen dem alten und dem neuen Kalten Krieg III Ukrainekrieg und das Feiern der Erneuerung der NATO scheinen direkt an das historische Vorbild angelehnt. Auch der weltweite »Rüstungs-Tsunami« des vergangenen Jahrzehnts erinnert an den Rüstungsboom im Gefolge des Koreakrieges (Soltz 2023b).<sup>10</sup> Dennoch fällt sofort eine fundamentale Differenz auf. Der »Westen« ist nicht nur im Bereich des Atlantiks, sondern inzwischen auch im Indo-Pazifik militärisch hoch gerüstet und in Bündnissen organisiert. Diese richten sich gegen Russland im Westen sowie gegen den Herausforderer und Rivalen China im Osten. Bei den »Autokratien« hingegen fehlt bislang eine solche Politik zur militärischen Blockbildung.

Russland ist eine Militär- und Atommacht, die sowohl an ihren Grenzen als auch in Krisenregionen (z.B. im Nahen Osten bzw. in Afrika) interveniert.

China hat im vergangenen Jahrzehnt deutlich aufgerüstet, verstärkt seine Militärpräsenz im südostasiatischen Pazifik und droht mit militärischem Eingreifen, falls Taiwan - mit Unterstützung der USA und des Westens - seine politische Unabhängigkeit erklären sollte. Und gewiss gibt es auch strategische Kooperation mit Russland und Nord-Korea im Bereich der Verteidigungspolitik in Ostasien. China ist allerdings - ebenso wenig wie Russland - in kein Militärbündnis integriert, das sich gegen den »Westen« richtet. Geradezu absurd erscheint die Vorstellung, an der Grenze zu den USA würden Manöver mit Truppen aus Mexiko, aus Russland, China und Kuba stattfinden, um die Abwehr eines militärischen Angriffs aus den USA auf Lateinamerika zu üben - das perfekte Szenario für die Eröffnung des dritten, vielleicht letzten Weltkrieges! Auch auf dem Felde des ideologischen Kalten Krieges zeigen sich bedeutsame Unterschiede. Die »Falken« unter den Kalten Kriegern des Westens verteufeln China als ein unter der Diktatur der Kommunistischen Partei stehendes Land, das nach dem wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahrzehnte, den »der Westen« durch Direktinvestitionen sowie durch die Öffnung für Billigimporte aus China mitgetragen hat, im 21. Jahrhundert den Anspruch auf die »Weltherrschaft« formulieren würde. Damit verbunden ist die Infragestellung der »World Leadership« durch die USA und den Westen. Das kommunistische Regime in China wird als totalitäre Despotie begriffen, die die Menschenrechte unterdrückt - vor allem in Regionen (wie Tibet und Xinjiang, wo Ethnien mit eigener Religion und Kultur zum »Reich der Mitte« gehören). Diese Verteufelung ist mit der Aufforderung verbunden, sich der (auch international) expansiven Tendenz der wirtschaftlichen und politischen Macht des Landes entgegenzustellen und dabei die Werte der westlichen, liberalen Demokratien zu verteidigen.

Die »Falken« in den konservativen und liberalen Regierungen des Westens, die den Konflikt mit China befeuern, befinden sich nicht Immer in der Mehrheit. Vertreter von Konzernen und Wirtschaftsverbänden, die vom wirtschaftlichen Aufstieg Chinas profitieren und auf dem chinesischen Markt gewaltige Gewinne realisieren, plädieren eher für Kooperation und diplomatische Konfliktlösungen. Sie werden von Wissenschaftlern unterstützt, die z.B. die Auffassung vertreten, dass der Aufstieg Chinas zur Weltmacht (und das Anknüpfen an eine zweitausendjährige Tradition des »Reiches der Mitte«) keineswegs als ein aggressives Welt-herrschaftsprojekt, sondern als ein Angebot für die friedliche Kooperation zwischen den Staaten in einer multipolaren Weltordnung begriffen werden muss (so z.B. der britische Journalist Martin Jacques [2009], einst Redakteur der Zeitschrift »Marxism today«). Die Realisten unter den großen Experten für Internationale Politik (wie Henry Kissinger und John Mears-helmer) raten dazu, die militärische Konfrontation zu vermeiden, die ökonomische Kooperation zu intensivieren und den Anspruch Chinas auf eine weltpolitisch bedeutende Rolle anzuerkennen.

Darüber hinaus verhehlen Analytiker des Aufstiegs Chinas nicht ihre Bewunderung für die enorme Leistungsfähigkeit, aber auch Flexibilität der regierenden kommunistischen Partei, <sup>11</sup> deren Leistungen offensichtlich auch von breiten Mehrheiten in der Bevölkerung anerkannt werden. Der erfolgreiche Kampf gegen die Armut wird dabei ebenso positiv bewertet wie die Entwicklung einer modernen Infrastruktur sowie die Anstrengungen der Regierung im Bereich der Klima- und Umweltpolitik. Dazu kommen die Erfolge beim Aufbau des Bildungs-, des Wissenschafts- und des Gesundheitssystems.

Erst nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008, dem davon unberührten Aufschwung Chinas und dessen Vordringen im Bereich der Hochtechnologien, aber auch angesichts der zunehmenden Krisentendenzen in der Inneren Ordnung der Staaten des Westens hat sich die Position der »Falken« immer mehr durchgesetzt.

Der linke britische Journalist Martin Jacques hatte schon am Anfang der Großen Depression von 2008/09 ein solches Szenario für möglich gehalten: »Der Welthandel schrumpft rapide, die Kapitalströme ebenfalls, und die Arbeitslosigkeit steigt weltweit steil an. Die gegenwärtige Ära der Globalisierung ist abrupt zum Stillstand gekommen - und hat den Rückwärtsgang eingelegt. Wie weit dieser Prozess gehen wird, bleibt völlig unklar.

Fast überall versuchen Regierungen, Formen der Unterstützung und Subventionierung für ihre bedrohten Industrien bereitzustellen. Es gibt wachsende Forderungen nach Schutz [...] China, als zweitgrößter Exporteur der Welt (direkt hinter Deutschland), wird unweigerlich ein Hauptziel dieser Forderungen sein. Unter diesen Umständen ist ein Handelskrieg, begleitet von einem Rückzug in rivalisierende Handelsblöcke, durchaus möglich.« (Jacques 2009:193)

Der Krieg der Ideologien spielte im alten Kalten Krieg - auch auf der Seite der kommunistischen Weltbewegung - eine zentrale Rolle. Moskau, d.h. die KPdSU, begriff sich als das steuernde Zentrum. Die Kommunistische Internationale (KI), die im Ergebnis der Oktoberrevolution des Jahres 1917 entstanden war, wurde im Zweiten Weltkrieg aufgelöst. Die kommunistischen Parteien vertraten nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) eine Politik der »friedlichen Koexistenz« mit den imperialistischen Staaten und die Bewahrung des Friedens als zentrale Aufgabe der Außen- und Weltpolitik. In ihren Grundsatzprogrammen vertraten sie jedoch die Überzeugung, in einer Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zu wirken. Die sozialistischen Länder unter der Führung der Sowjetunion, die anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien sowie die demokratischen und Arbeiterbewegungen in den Kapitalmetropolen des Westens galten dabei als die Träger und Subjekte jener gewaltigen Transformation.

Die Sowjetunion gab das Tempo und die einzelnen Schritte dieses Prozesses vor. Sie unterstützte die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt mit Geld, Beratern und Waffen; dabei wurde diese Unterstützung zwischen den verschiedenen sozialistischen Staaten abgesprochen und aufgeteilt.

An der Lumumba-Universität in Moskau studierten mit Vollstipendium junge Menschen, die in der Führung ihrer jeweiligen nationalen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« eine wichtige Rolle spielen sollten. Die führenden Kader kommunistischer Parteien - auch im Westen - besuchten zum Abschluss ihrer Ausbildung als »Berufsrevolutionäre« die Internationale Lenin-Schule in Moskau, die einst eine Ausbildungsstätte der KP gewesen war, aber nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990 weiterhin Kommunist\*innen aus aller Welt ausbildete. Schon seit den 1950er-Jahren verzichteten allerdings einige große Parteien im Westen darauf, ihre Kader in Moskau ausbilden zu lassen.

Die chinesische KP geriet seit dem XX. Parteitag immer mehr in offenen Gegensatz zur Politik und Ideologie der KPdSU. Allerdings vertrat die Partei unter Mao Tse-tung nach wie vor das Ziel einer Weltrevolution als eines Prozesses der gewaltsamen revolutionären Umwälzung. Die »revisionistischen« Positionen z.B. der italienischen Kommunisten unter Palmiro Togliatti oder der jugoslawischen Kommunisten unter Josip B. Tito wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Li Biao (1907-1971) wurde 1969 als Verteidigungsminister in der Kulturrevolution Stellvertreter von Mao. Unter seinem Namen erschien eine Schrift mit dem Titel »Es lebe der Sieg im Volkskrieg« (1968). Darin wurde der weltrevolutionäre Prozess nach dem Vorbild der chinesischen Revolution (»Die Dörfer erobern die Städte«) als Krieg der Völker der ehemaligen Kolonien des Südens gegen die Imperialisten des Nordens und die »Revisionisten« in Moskau beschrieben. Ein Biao kam auf der Flucht vor Mao, der ihn offenbar entmachten wollte, im Jahre 1971 ums Leben.

In den 1970er-Jahren gab es in der ganzen Welt kommunistische Parteien, die sich - als Abspaltung von der alten KP bzw. als Neugründung von revolutionären Studenten der 68er-Generation (vgl. für die Bundesrepublik Koenen 2001) - auf diese Thesen von Ein Biao und auf das Vorbild der VR China bezogen.<sup>12</sup> Dabei waren besonders viele Intellektuelle vertreten, die ihre Illusionen und falschen Vorstellungen über das revolutionäre Potenzial im eigenen Lande als auch über die Ereignisse in China spätestens mit dem Beginn der Reformen unter Deng Xiaoping ab 1978 aufgeben mussten. Viele von ihnen nahmen diese Gelegenheit schnell wahr, um sich fortan (z.B. in der Partei *Die Grünen*) als Antikommunisten der herrschenden Meinung zur Verfügung zu stellen.

Von solchen revolutionären Traditionen ist die Politik der KPCh heute weit entfernt. Die chinesischen Kommunisten wollen ihren Weg zum Sozialismus weder als »Modell« für andere Parteien und Bewegungen anerkannt wissen, noch arbeiten sie am »Export der Revolution«. Mit dem Blick auf die eigene Geschichte verweisen sie immer wieder darauf, dass das Land (das einstige »Reich der Mitte«) im 19. und 20. Jahrhundert von den Kolonialmächten des Westens sowie von Japan ausgeplündert wurde. Erst mit dem Sieg der Revolution im Jahr 1949 hat sich ein »chinesischer Sozialismus« entwickelt, der das Land zu einer der führenden Industrienationen der Welt geführt hat. Der Weg des Sozialismus verlief über verschiedene Phasen, für die die Namen von Mao, Deng und nunmehr Xi stehen. Diese zeichneten sich einerseits durch eine enorme Dynamik aus; andererseits reproduzierten sie Widersprüche, die in der Gesellschaft und immer wieder in heftigen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen im Parteiapparat programmatisch und personell bearbeitet und überwunden werden mussten.

In der gegenwärtigen Phase eines »Sozialismus 3.0« stehen das Land und die Partei - so die Redaktion der *Beijing Cultural Review* im April 2015 - vor großen Herausforderungen: »Die

Marktwirtschaft drängt das sozialistische politökonomische Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums und der Verteilung nach Leistung sukzessive zurück. Die Realität der Polarisierung von Armut und Reichtum, des moralischen Niedergangs, des Mangels an Glauben macht es immer schwieriger, ein klares Verständnis von Sozialismus zu gewinnen.« (Beijing Cultural Review 2021: 37) In dieser neuen Phase, deren Entwicklungsziele bis zum Jahre 2050 angegeben werden, will das Land international als eine »Großmacht respektiert werden, die zur Neugestaltung der Weltordnung« beitragen will. Dazu gehört nicht das Ziel, weltweit einen »Sozialismus chinesischer Prägung« zu verbreiten.

(Müller 2023: 26ff.) In dem bereits zitierten Kommentar der *Global Times* vom 24. Juni 2022 zum BRICS-Gipfel in Beijing wird daher auch die von den USA ausgehende Konstruktion einer globalen Blockbildung zurückgewiesen. »Es ist nicht verwunderlich, dass in der öffentlichen Meinung der USA und des Westens einige engstirnig glauben, dass die BRICS-Mechanismen eine ‚Anti- US-Allianz‘ schaffen wollen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine bewusste Wortwahl, sondern es wird auch ein ‚imaginärer Feind‘ konstruiert.

Um im kleinen Kreis (der G7 oder der NATO) absoluten Gehorsam aufrechtzuerhalten, müssen die USA zwangsläufig ständig Feinde suchen und schaffen. Da dies jedoch zunehmend von globalen gemeinsamen Interessen abweicht, wird die Fähigkeit des kleinen Kreises, die nationalen Angelegenheiten zu dominieren, zwangsläufig weiter abnehmen. Der Rest der Welt wird diese gefährlichen kleinen Kreise mit Sorge betrachten.« Die Bündnisse, in denen sich die Politik der VR China bewegt, können kaum - im Vergleich mit der NATO - als »Blöcke« bezeichnet werden. Die militärische Kooperation mit Russland hat zugenommen. Im Ukrainekrieg vertritt die politische Führung die Auffassung, dass der Angriff Russlands auch als eine Antwort auf die Osterweiterung der NATO begriffen werden muss und dass sich dieser Krieg schnell in einen »Stellvertreterkrieg« entwickelt habe (vgl. Becker 2022). Die USA und der Westen unterstützen die Ukraine gegen Russland und in Ostasien neue Militärbündnisse (Japan, Australien, USA) gegen China, das mit Provokationen um Taiwan konfrontiert wird. Bei der Eröffnung der 11. Internationalen Sicherheitskonferenz im August 2023 in Moskau sagte der chinesische Verteidigungsminister Li Shangfu, beide Länder hätten den »Wunsch nach einer gerechten Weltordnung, die jedem Staat Souveränität und das Recht auf Entwicklung garantiere. Wenn sie weiter ‚Hand in Hand und mit festem Schritt‘ auf diesem Weg vorangingen, sei der Erfolg sicher. Li sagte, sein Land sei an militärischer Zusammenarbeit und Vertrauensbildung mit allen Ländern der Welt interessiert«. Die USA wurden dabei nicht benannt (vgl. Reinhard Lauterbach: Festen Schrittes Hand in Hand, in: junge Welt vom 17.8.2023).

Der Verteidigungsminister bedient sich hier der offiziellen Sprachregelung, die bei den Gipfeltreffen der BRICS-Staaten kommuniziert wird. Darin drückt sich zugleich eine differenzierte Position Chinas aus. Der Angriffskrieg Putins wird nicht vorbehaltlos unterstützt; das Insistieren auf der Souveränität der Staaten beinhaltet auch eine Kritik an dem russischen Einmarsch. Zugleich enthielt sich China - wie die anderen BRICS-Partner - bei einer vom Westen eingebrachten Verurteilung Russlands durch die Generalversammlung der UNO. Damit soll nicht nur auf den Anteil des Westens an diesem Krieg aufmerksam gemacht werden. China und seine Verbündeten bieten sich zugleich für die Beteiligung an Verhandlungen über einen Waffenstillstand sowie schließlich über einen Friedensvertrag an. Im Westen (G7) musste diese Abstimmung einen Schock auslösen, denn die BRICS-Staaten repräsentieren immerhin 41% der Weltbevölkerung sowie 31% des globalen BIP (nach Kaufkraftparitäten). Gleichzeitig musste zur Kenntnis genommen werden, dass dieses Bündnis offenbar doch schon eine Bedeutung für die internationale Politik gewonnen hat, die weit über die Ansätze der wirtschaftlichen Kooperation und die Gründung einer gemeinsamen Bank hinausgeht.

Die Attraktivität von BRICS als »Stimme des Südens« hat zugenommen.

Beim Gipfeltreffen im August 2023 in Südafrika wurde der Beitritt neuer Staaten zum Bündnis vorbereitet.<sup>13</sup> Dabei fallen erneut die Diktaturen (z.B. der Iran und Saudi-Arabien) auf, die zugleich im vorderen Orient in heftige Konflikte, im Jemen und Syrien in militärische Auseinandersetzungen verwickelt sind. BRICS mit einer starken Position von China bietet offenbar wirtschaftliche Vorteile (»Win-Win«). Russland liefert billige Energie und Waffen und kann sich dabei zum Teil dem Druck der westlichen Sanktionen entziehen. Das weltpolitische Gewicht des BRICS-Bündnisses, das sich gegen die Hegemonie des Westens und für einen neuen Multilateralismus von gleichberechtigten souveränen Staaten ausspricht, würde allerdings erheblich aufgewertet, falls es gelingen sollte. Im Bündnis Konfliktlösungen zu realisieren und friedliche Beziehungen zwischen verfeindeten Staaten herzustellen, z.B. zwischen Saudi-Arabien und Iran oder beim Grenzkonflikt zwischen China und Indien.

Marcus Schneider, Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung im Nahen Osten, hat in einem Kommentar zum BRICS-Gipfel In Südafrika im August 2023 auf die weltpolitischen Machtveränderungen hingewiesen, die mit der Eröffnung der Beitrittsperspektive für wichtige Länder des Nahen Ostens (Ägypten, Iran, Saudi-Arabien) verbunden sind. Eine »Mitgliedschaft im transaktionalen Club der BRICS Ist nicht zwangsläufig mit einer antiamerikanischen Schlagseite gleichzusetzen [...], auch ältere Mitgliedstaaten wie Indien, Brasilien und Südafrika unterhalten sehr ausdifferenzierte Beziehungen zu Washington. Mindestens jedoch ist der Beitritt zu diesem Verbund ein Misstrauensvotum gegen die amerikanisch dominierte Weltordnung. Kein Geringerer als UN-Generalsekretär Antonio Guterres durfte auf dem BRICS-Gipfel In Johannesburg das Hohelied auf die Verheißungen der multipolaren Welt singen. Die heutigen Global- Governance-Strukturen reflektierten die Welt von gestern, dies sei Im Besonderen zutreffend für den Sicherheitsrat und die Bretton-Woods-Institutionen.

Dass der oberste UN-Vertreter sich derart äußert, zeigt, dass das BRICS-Narrativ außerhalb des Westens längst hegemonial geworden ist.« (Schneider 2023) Dennoch bilden die BRICS-Staaten keinen »Block« mit einer eigenen Organisation und mit dem Primat der militärischen Konfrontation gegenüber dem Westen, der NATO, der G7 oder der EU. Sie verfügen nicht einmal über ein zentrales Sekretariat. Die jährlichen Gipfeltreffen wurden durch die weltweite Corona-Pandemie unterbrochen. Wichtigste Institution Ist die 2014 gegründete Neue Entwicklungsbank (NDB), die über einen Notfallfonds verfügt. Die Bank fördert vor allem Infrastrukturprojekte, die bilateral zwischen BRICS-Mitgliedern vereinbart werden und 118 Kapitel 3: Der neue Kalte Krieg die in Mehrzahl globalen Nachhaltigkeitszielen dienen sollen. Über die Bank wird auch das Ziel verfolgt, dass die beteiligten Staaten ihren Zwischenhandel nicht mehr in US-Dollar, sondern den jeweiligen Landeswährungen abwickeln - ein Projekt, das vor allem in den USA mit großer Sorge verfolgt wird.

Selbstbewusstsein und die offensichtliche Attraktivität von BRICS zeigen jedoch an, dass dieses Bündnis auch im Westen als eine Stimme des aufsteigenden »Südens« und als »Aufkommen einer postwestlichen Welt mit multipolarem Charakteristika« begriffen werden muss. »Tragend ist nun weniger eine gemeinsame Identität als das Interesse an einer neuen globalen Ordnung, die am besten durch die strategische Bündelung von Kräften in einer Gruppe vorangetrieben werden könne. Damit hat das Transformationsinteresse an Gewicht gewonnen, während das Aufstiegsnarrativ immer mehr in den Hintergrund getreten ist.« (Maihold/Müller 2023) In der gemeinsamen Erklärung des Beijing-Gipfels von BRICS im Juni 2022 wird der »Geist« dieser seit 16 Jahren bestehenden Organisation mit den folgenden Begriffen charakterisiert: »gegenseitiger Respekt und Verständnis, Gleichheit, Solidarität, Offenheit, Inklusivität und Konsens«. In diesem Geist haben die BRICS-Staaten »gegenseitiges Vertrauen, vertiefte, für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit innerhalb der BRICS-

Staaten und einen engeren Austausch zwischen den Völkern (people-to-people exchanges) verstärkt.« Diese Selbstbeschreibung lässt erkennen, dass die Absicht des Bündnisses als »nicht-hegemonial« begriffen ist. Die Ordnung der Bipolarität in den Zeiten des alten Kalten Krieges war klar hegemonial strukturiert - über die Führungsmächte USA und Sowjetunion.

Jetzt positionieren sich die Teilnehmer von BRICS gegen die vom Westen - und vor allem von den USA und von der Rolle des US-Dollar als Weltgeld dominierte Weltordnung.

Darin reflektiert sich einerseits das Selbstbewusstsein aufsteigender Ökonomien (wie die von China und Indien), die die Regeln einer »freien« Ordnung der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems unter der Dominanz der USA und des Westens infrage stellen - und insbesondere die für zahlreiche Staaten des »Südens« katastrophalen Folgen des »Washington Consensus«, also der Bearbeitung der Schuldenkrisen durch den IWF seit den 1980er-Jahren beklagen. Die ungleiche Verteilung von Medikamenten und Impfstoffen während der Corona-Krise wird dabei - mit dem Hinweis auf die Verhältnisse in Afrika - vor allem von der südafrikanischen Regierung kritisiert. Für die meisten Staaten des Südens verbindet sich diese Kritik freilich auch mit der Erinnerung an die nachhaltigen Folgen kolonialer bzw. semikolonialer Herrschaftsverhältnisse, vor allem in Afrika.<sup>14</sup> In der Erklärung von Beijing werden die Ziele einer nicht-hegemonialen, multipolaren Weltordnung wie folgt umschrieben: »Die Instrumente der globalen Governance sollen integrativer, repräsentativer und partizipatorischer gestaltet werden, um eine stärkere und sinnvollere Beteiligung von Entwicklungs- und am wenigsten entwickelten Ländern, insbesondere in Afrika, an globalen Entscheidungsprozessen und -Strukturen zu ermöglichen und sie besser an die gegenwärtigen Realitäten anzupassen [...] Basierend auf inklusiver Konsultation und Zusammenarbeit zum Wohle aller, unter Wahrung der souveränen Unabhängigkeit, Gleichheit, der gegenseitigen legitimen Interessen und Anliegen, um die multilateralen Organisationen reaktionsfähiger, effektiver, transparenter und glaubwürdiger zu machen.« Die Institutionen einer globalen Governance - die UNO und ihre Organisationen, IWF, G20 - werden nicht infrage gestellt. Die Stimme der BRICS-Staaten, damit die des »Südens« insgesamt, soll in ihnen allerdings ein größeres Gewicht erhalten.

Dieses Gewicht bemisst sich allerdings nicht durch die wohltonenden Deklarationen, sondern durch die gemeinsamen ökonomischen und politischen (Macht)Interessen in Bezug auf die Gestaltung der globalen Ordnung und ihrer Machtverhältnisse, sondern auch durch die praktischen Erfolge, die durch die bilaterale Zusammenarbeit von BRICS-Staaten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht wurden. »Die BRICS-Allianz wird [...] als Chance gesehen, gemeinsam mit anderen Staaten ein Korrektiv gegen die bestehende multilaterale Ordnung aufzubauen, die als von den USA dominiert betrachtet wird und vor allem westliche Interessen befördere [...] Man sieht in Peking insoweit eine ‚goldene Dekade‘ der BRICS anbrechen, als es zunehmend gelinge, den Verbund zur weltweit einflussreichsten Plattform für Süd-Süd-Kooperation zu machen« (Maihold/Müller 2023). Alle diese Vorstellungen unterlaufen das Projekt der westlichen Staaten unter der Führung der USA, analog zum alten Kalten Krieg eine Blockkonfrontation zwischen »Demokratien und Autokratien« zu konstruieren und die Ausschaltung der »Rivalen« China und Russland dabei als das Hauptziel dieser Jahrhundertssschlacht zu fixieren.

Damit ist der politische Charakter des Bündnisses umschrieben, das allerdings sehr heterogene Staaten vereint - nach ihrer Wirtschaftskraft wie nach ihrem politischen System bzw. nach den politischen Kräfteverhältnissen.

Immerhin posierten bei dem Gipfel von Beijing neben Xi Jinping die Herren Putin, Bolsonaro (damals noch Staatspräsident von Brasilien, der kurz danach von Lula abgelöst wurde), Modi (Indien) und Cyril Ramaphosa (Südafrika).

Die Regierungen der beteiligten Staaten repräsentieren auch die herrschenden Klassen ihrer Länder mit dominanter kapitalistischer Produktionsweise sowie mit Großgrundbesitz, die sich allerdings von imperialistischer Abhängigkeit und Gängelung aus den alten Zentren befreien möchten.

Dass mit BRICS eine neue »Internationale der Armen« entstanden sei, die den »Reichen« in der Welt den Krieg angesagt habe, mag sich bald als Illusion erweisen. In der Frontstellung gegen den »Westen« und die USA nehmen Russland und China eine Spitzenposition ein - eine Reaktion auf die Feinderklärungen aus dem Westen. Andere Regierungen halten sich hier deutlich zurück.

Die Hoffnung auf eine »goldene Dekade« könnte sehr schnell unter dem Einfluss weltwirtschaftlicher Krisenprozesse und von militärischen Konflikten enttäuscht werden. In den beteiligten Staaten - vor allem auch in China und Russland selbst - könnten solche Krisen innere Auseinandersetzungen freisetzen, die die Stabilität der politischen Herrschaft, die in China von der »eisernen Hand« der Kommunistischen Partei gewährleistet wird, schnell infrage stellen könnten. Der Westen wird erhebliche Anstrengungen unternehmen, um solche inneren Destabilisierungsprozesse zu fördern und Regierungen wichtiger BRICS-Staaten - vor allem Indien und Brasilien - in den westlichen »Block« zurückzuholen. Auf jeden Fall macht diese neue globale Machtkonstellation deutlich, dass sie sich von den Blockbildungen zwischen erster, zweiter und dritter Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts grundlegend unterscheidet. Weder die Bewegung der »Blockfreien« noch die Versuche von Staaten der »Dritten Welt«, im Rahmen der UNO in den 1970er-Jahren über eine neue Weltwirtschaftsordnung im Rahmen der UNCTAD - z.B. über die Beschränkung der Macht der internationalen Konzerne - zu diskutieren, können bei der Erarbeitung von politischen Antworten auf diese neue Konstellation als Vorlage dienen. Eher noch könnte die Erinnerung an die globalisierungskritische Bewegung um die Jahrtausendwende und die dabei erarbeiteten Konzepte einer demokratischen De-Globalisierung für den Begriff der gegenwärtigen Strukturveränderungen der Weltordnung hilfreich sein (vgl. dazu Bello 2004; Streeck 2021).

-----

<sup>10</sup> Dabei muss immer wieder daran erinnert werden, dass die Militärausgaben der USA die ihrer Verbündeten und Gegner bei Weitem übersteigen.

<sup>11</sup> Im Gegensatz zu den im Zuge des Niedergangs der Sowjetunion und ihres Lagers erstarrten Hierarchien der regierenden kommunistischen Parteien.

<sup>12</sup> Von den regierenden Parteien in Europa war die von Albanien - unter Enver Hodscha - auf diese pro-chinesische Position eingeschwenkt.

<sup>13</sup> Mitgliedschaft bei BRICS wurde inzwischen beantragt von Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien, Iran, Indonesien, Thailand, Senegal, Argentinien und Venezuela.

<sup>14</sup> Mali, Guinea, Burkina Faso, Tschad, Niger: Die Liste der Putschversuche in der Sahel-Region - einst französische Kolonien - wird seit rund vier Jahren immer länger.